

Sofortinformation über die Beratung des Bundesausschusses der Partei Die Linke am 14./15. September 2024

Der Bundesausschuss kam am 14. und 15. September 2024 zu seiner dritten Beratung in diesem Jahr in Präsenz in Berlin zusammen.

Unter dem ersten und größten Tagesordnungspunkt „Aktuelles“ befasste sich der Bundesausschuss am Samstag mit verschiedenen innerparteilich relevanten Themen. Erster Punkt waren die aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene in Bezug auf die Europäische Linke und die Mitgliederschaft der Partei in dieser. Janis Ehling, Mitglied des Parteivorstands und im Vorstand des Sekretariats der Europäischen Linken, berichtete dem Bundesausschuss von den aktuellen Schwierigkeiten und Differenzen der Mitgliedsparteien. Am 29. August hat eine neue linke Partei, die European Left Alliance for the People and the Planet, kurz ELA, ihre Anerkennung beim Europäischen Parlament beantragt. Innerparteilich finden erste Debatten darüber statt, zu welcher europäischen Partei sich Die Linke orientieren soll. Der Parteivorstand hat zum Parteitag im Oktober einen Satzungsänderungsantrag eingereicht. Derzeit ist in der Satzung die Mitgliedschaft in der EL niedergeschrieben, dieser Passus soll nun geändert werden. Künftig soll über die Mitgliedschaften in Europäischen Parteien der Bundesparteitag entscheiden.

Ates Gürpınar, stellvertretender Parteivorsitzenden und kommissarischer Bundesgeschäftsführer, diskutierte mit den Bundesausschussmitgliedern über vergangene Kampagnen der Partei, über Erfolge und Misserfolge dieser und über Ideen zur Verbesserung der Kampagnenfähigkeit. Im Fokus standen hierbei die vergangene Europawahlkampagne und die #Umverteilen-Kampagne.

Aus dem geschäftsführenden Parteivorstand nahm neben Ates Gürpınar auch Kerstin Eisenreich an der Beratung teil. Sie präsentierte aktuelle Zahlen zur Mitgliederentwicklung der Partei. Dabei berichtete sie von einem positiven Aufwärtstrend in der Mitgliedschaft und schlüsselte diesen anhand von Statistiken nach Bundesländern, Ost-West, Altersgruppen und Zeitpunkt des Eintrittes auf. Im weiteren Verlauf berichteten die Bundesausschussmitglieder über ihre Erfahrungen bezüglich des Umgangs mit neuen Mitgliedern und wie diese schneller und besser abgeholt und einbezogen werden könnten. Auch über Austritte und deren Begründungen wurde sich ausgetauscht.

Stellvertretende Parteivorsitzende und kommissarische Bundesgeschäftsführerin Katina Schubert wurde digital zur Beratung zugeschaltet. Sie wurde gebeten, einen Ausblick auf zukünftige Schwerpunkte und Entwicklungen zu skizzieren. Themen ihres Beitrages zur Parteifortentwicklung waren das *Organizing*, welches als konzeptioneller Rahmen jeder Maßnahme der Parteientwicklung dienen und so die einzelnen Projekte miteinander verbinden und ihnen eine gemeinsame strategische Richtung geben soll. Hier vernetzt werden die Regionalbetreuung, das Aufbauheld:innenprogramm, Wahlkampf Bildung, Bildungsveranstaltungen, Aktiventreffen und die zuvor bereits erwähnte Neumitgliederansprache. Im zweiten Teil des Inputs gab Katina Schubert Ausblick auf den Halleschen Parteitag, welcher im Oktober stattfinden wird, und den Vorwahlkampf der Bundestagswahl im Herbst 2025.

Hermann Schaus, Mitglied des Bundesausschusspräsidiums und der vom Parteivorstand einberufenen Strukturreformkommission, informierte über die Ergebnisse der Kommissionsarbeit. In mehreren Beratungen hat die Kommission Vorschläge für Satzungsänderungsanträge erarbeitet, welche dem Parteivorstand unterbreitet wurden und welche dieser nun an den Parteitag gestellt hat. Unter anderem handelt es sich auch um einen Antrag zur Änderung der Struktur des Bundesausschusses. Einstimmung gab der Bundesausschuss sein Votum zur Unterstützung dieses Antrages ab.

Am zweiten Beratungstag begrüßte der Bundesausschuss am Morgen die Landesgeschäftsführer Lars Kleba und René Kolditz aus den Landesverbänden Sachsen und Thüringen. Sie berichteten von den vergangenen Landtagswahlkämpfen und den Ergebnissen der Wahlen. In beiden Bundesländern haben wir stark an Wähler:innen verloren und sehen uns nun mit einer starken AfD und dem BSW konfrontiert. Auch brechen durch die verlorenen Landtagsmandate wichtige Strukturen weg, was beide Landesverbände vor Herausforderungen stellt.

Die Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ebneten aufgrund des enormen Aufschwungs der AfD den Übergang zum nächsten und letzten Haupt-schwerpunkt der Beratung. Der Bundesausschuss begrüßte den Soziologen und Rechtsextremismusforscher Prof. Dr. Matthias Quent als externen Referenten zur Fortführung der bereits im März begonnenen Debatte zu Linken Strategien gegen Rechtsentwicklung. Gemeinsam mit anderen veröffentlichte Quent im Juni diesen Jahres das Buch »Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme«. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Bundesausschusses diskutierte er darüber, wie es der AfD gelingen konnte, sich rasant eine treue Stammwählerschaft und einen professionellen Parteiapparat aufzubauen, wie sie sich auf social-media-Plattformen präsentiert und ihre Polarisierung bei Wahlen nutzt, welche Auswirkungen der Aufschwung der AfD auf die etablierten Parteien hat und welche Gefahr für unsere Gesellschaft durch ihr Erstarken ausgeht.

Die nächste Beratung findet am 23. und 24. November digital statt.

16. September 2024

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Cornelia Swillus-Knöchel, BAG LISA

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Hermann Schaus, Hessen